

Dirk Jörke und Oliver Nachtwey

Was wir sagen und was wir nicht sagen. Eine Erwiderung auf Silke van Dyk und Stefanie Graefe

Die Diskussionen über die Gründe für den Aufstieg des Rechtspopulismus werden kontrovers und mit großer Leidenschaft geführt. Es stehen verschiedene, häufig sogar konträre Diagnosen im Raum, die nicht nur eine Deutung des Aufstiegs der Rechten versuchen, sondern auch an bestimmte epistemische Positionen gebunden sind und Antworten implizieren. Das liegt in der Natur der Sache. Gerade jedoch, weil der Aufstieg des Rechtspopulismus eine solch ernste Bedrohung für liberale Gesellschaften darstellt, dürfen wir als Wissenschaftler*innen im Eifer des Gefechts nicht die Standards der sachlichen und redlichen Auseinandersetzung unterschreiten.

Unser Beitrag zur Analyse des Aufstiegs des Rechtspopulismus, der gemeinsam verfasste Artikel und im *Leviathan*-Sonderband 32 veröffentlichte Beitrag »Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie«,¹ ist nun Gegenstand einer mehrfach wiederholten und an verschiedenen Orten variierten Kritik Silke van Dyks und Stefanie Graefes geworden.² Der *Leviathan* hat bei uns eine Erwiderung erfragt. Wir würden uns lieber um die Sachfrage streiten, aber die mehrfach und wiederholt vorgetragenen Vorwürfe haben uns zu dieser Stellungnahme bewogen.

Worum geht es? Van Dyk und Graefe zeigen sich davon überzeugt, dass die aus vielen Richtungen kommende Kritik an einer zu einseitigen Orientierung der politischen Linken an dem, was gemeinhin als »Identitätspolitik« bezeichnet wird, falsch sei und diese Kritik in der Konsequenz dazu führe, »rassistische, nationalistische und chauvinistische Entwicklungen in der Gegenwartsgesellschaft zu entproblematisieren«.³

Auch in unserem Artikel sehen sie die Tendenz einer »Verharmlosung des Rechtspopulismus«.⁴ Sie werfen uns vor, für »ein bisschen Rassismus«⁵ zu plädieren, zudem würde unsere Position stehen für »eine Rolle rückwärts hinter die seit

1 Jörke, Nachtwey 2017.

2 Siehe van Dyk 2019 a; van Dyk 2019 b; van Dyk, Graefe 2019. Ähnliche Argumente, jedoch ohne Verweis auf unseren Text, finden sich in van Dyk, Graefe 2018 und in Dowling et al. 2017.

3 Siehe van Dyk, Graefe 2019, S. 427.

4 Ebd., S. 421.

5 Ebd. Die Formulierung »ein bisschen Rassismus« entstammt einem Zitat aus einem Buch von Markus Metz und Georg Seeßlen (Metz, Seeßlen 2018). Van Dyk und Graefe führen das Zitat zustimmend und als ihrer Position entsprechend gegen Ende ihres Artikels an, und zwar kurz nachdem sie sich ausführlicher mit unserem Beitrag auseinandergesetzt haben. Dazwischengeschoben sind kurze Verweise auf David Goodhart und

den ausgehenden 1960er Jahren erkämpften gesellschaftspolitischen Fortschritte und die Absage an jegliche Mindeststandards dessen, was als emanzipatorisch gelten kann«. ⁶ Das sind schwerwiegende, diskreditierende Vorwürfe, die unseres Erachtens die Thesen unseres Textes völlig verdrehen.

Richtig ist, dass wir historisch-rekonstruktiv den Aufstieg rechtspopulistischer und neonationalistischer Parteien in Europa unter Rückgriff auf die Entwicklung linker und insbesondere sozialdemokratischer Parteien in den vergangenen 20 Jahren zu erklären versuchen. Dabei vertreten wir auch die These einer neuen Repräsentationslücke, die dadurch entstanden ist, dass nahezu alle sozialdemokratischen Parteien in Europa eine Kombination aus neoliberaler Wirtschaftspolitik und progressiver Kultur- beziehungsweise Identitätspolitik betrieben haben und nach wie vor verfolgen. Wir diskutieren des Weiteren, dass immer mehr Menschen, die früher sozialdemokratisch gewählt haben, inzwischen eine neue Heimat bei rechtspopulistischen beziehungsweise neonationalistischen Parteien gefunden haben. Zudem zeigt ein Blick auf die programmatischen Entwicklungen dieser Parteien, dass viele von ihnen nicht länger eine neoliberale Agenda verfolgen, sondern in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen in eine »linksautoritäre Richtung« gegangen sind, das heißt: »partikularistischer Sozialprotektionismus und damit verbundener Sozialchauvinismus«. ⁷ Das Konzept des Linksautoritarismus haben wir von der politikwissenschaftlichen Wahlforschung, namentlich von Lefkofridi et al. ⁸ übernommen, weil es uns geeignet erscheint, den Aufstieg des Rechtspopulismus gerade mit Blick auf diese Gruppe, die sich durch die auf den ersten Blick widersprüchliche Kombination aus traditionellen beziehungsweise autoritären mit redistributiven Präferenzen auszeichnet, erklären zu können. Die Provokation unseres Artikels mag man nun darin sehen, dass wir unsere Analyse im Sinne einer erklärenden Sozialwissenschaft zunächst einmal in die These münden lassen, dass die »Kombination aus Autoritarismus und linker Wirtschaftspolitik [...] für viele Wählerinnen und Wähler attraktiv zu sein [scheint], vor allem für die Modernisierungsverlierer«. ⁹

Unsere Befunde sind – und hier kommen normative Motive zum Tragen – als Warnung gemeint. Als Warnung an die inklusive, demokratische Linke, in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus und Neonationalismus nicht allein eine Strategie der Ausgrenzung und der Moralisierung zu verfolgen, gerade wenn man – wie wir – die Errungenschaften der emanzipatorischen Kämpfe der vergangenen 40 Jahre verteidigen möchte. Wir behaupten also gerade *nicht*, dass die normative Stoßrichtung der Anerkennungskämpfe falsch gewesen sei, und wenden uns auch nicht gegen die Identitätspolitik an sich. Wir vertreten jedoch die These, dass sozialdemokratische und andere linke Kräfte es immer weniger

Andreas Nölke, denen beiden eine »ähnliche Stoßrichtung« attestiert wird (van Dyk, Graefe 2019, S. 421).

6 Ebd.

7 Jörke, Nachtwey 2017, S. 180.

8 Lefkofridi et al. 2014.

9 Jörke, Nachtwey 2017, S. 180.

vermögen, ihre traditionellen Wähler*innen an sich zu binden, und dass man dieses Phänomen sowohl über die soziokulturelle als auch über die ökonomische Achse des Parteienwettbewerbs erklären muss. Und dass das eine große Gefahr darstellt. Aus unserer Sicht liegt hier einer der neuralgischen Punkte der aktuellen Transformation westlicher Demokratien, den es zu klären gilt.

Van Dyk und Graefe werfen uns vor, wir würden die »Anpassung sozialdemokratischer Kräfte an autoritäre Positionen im Hier und Jetzt«¹⁰ empfehlen. Die Stelle, auf die sie sich beziehen, lautet: »In den jüngeren Debatten wurde die soziale Frage häufig gegen die Identitätspolitik ausgespielt; darum soll es hier jedoch nicht gehen: Nicht die Identitätspolitik als solche führte zur Entfremdung von der Sozialdemokratie, sondern ihr Unvermögen, beide Aspekte in einer Weise zu verkoppeln, die auch für tendenziell linksautoritäre Menschen überzeugend gewesen wäre.«¹¹ Dieser Abschnitt, außer man liest ihn mit einer Hermeneutik des Verdachts, wie es van Dyk und Graefe offenbar getan haben, zielt auf eine ganz andere Form der Politik, als uns unterstellt wird. Unser Vorschlag ist *nicht*, Kapitalismuskritik und Identitätspolitik einander dichotomisch entgegensetzen, sondern wir haben uns für eine neue Form der Verknüpfung ausgesprochen. Wir empfehlen sozialdemokratischen oder auch links von diesen stehenden Parteien *nicht*, sich die Positionen »linksautoritärer« Menschen zu eigen zu machen, sondern sie wieder stärker von einem emanzipatorischen Politikmodell zu überzeugen und ihrem Autoritarismus damit die Salienz zu nehmen.

Dies haben wir in anderen Texten ausgeführt – wer möchte, kann das jederzeit nachlesen.¹² Wir haben in unserem Beitrag für den *Leviathan* darauf verzichtet, dies auszuarbeiten, da dessen Thema ja die Krise der Sozialdemokratie ist und sich dies aus unserer Sicht auch aus der Analyse ergab. Historisch gesehen war Klassenpolitik nie auf die soziale Frage reduziert, sondern immer mit einer Form der Identitätspolitik verkoppelt¹³ – gewiss keine Neuigkeit für diejenigen, die sich mit der Kategorie oder Geschichte von »Identitätspolitik« beschäftigen. In seinem Buch *Rückkehr nach Reims* hatte Didier Eribon¹⁴ beschrieben, wie seine Eltern von treuen Kommunisten zu Anhängern des Front National wurden. Seine Eltern verkörperten im Grunde Linksautoritäre, deren Autoritarismus aber durch die zeitweilige Integration in das kommunistische Milieu eingehegt wurde, nicht zuletzt, weil der Kommunismus ihnen die Hoffnung auf ein besseres Leben gab. Jeremy Corbyn beziehungsweise Bernie Sanders haben in den letzten Jahren einen politischen Ansatz des »demokratischen Sozialismus« entwickelt, der mitunter disparate Wählermillieus adressiert. Sie waren beziehungsweise sind gleichermaßen attraktiv für die *Millennial Socialists* der unter 30-Jährigen wie zum Teil auch für traditionelle Teile der alten industriellen Arbeiterklasse, weil beide sich in

10 Van Dyk, Graefe 2019, S. 421.

11 Jörke, Nachtwey 2017, S. 179.

12 Nachtwey 2018; Brinkmann et al. 2018.

13 Vgl. zum Beispiel Thompson 1987.

14 Eribon 2016.

ihren Interessen und ihren Identitäten darin wiedergefunden haben.¹⁵ Unsere Antwort auf die rechtspopulistische Herausforderung besteht daher *nicht*, wie van Dyk und Graefe insinuierten, darin, für eine autoritäre Wende der linken Parteien oder gar für ein »bisschen Rassismus« zu plädieren. Vielmehr treten wir am Ende unseres Artikels dafür ein, dass linke Parteien sich wieder verstärkt dem Ziel des Abbaus der gesellschaftlichen Ursachen der Entstehung autoritärer Wertmuster widmen:

»Solange kapitalistische Gesellschaften mit erheblichen Klassenunterschieden einhergehen, wird es immer auch einen Anteil von Menschen geben, die autoritären Wertmustern nahestehen. Diesen Autoritarismus gilt es sicherlich einzuhegen, vor allem aber auch abzubauen. Der einzige Weg hierfür besteht in einer Veränderung der sozialen Verhältnisse, die autoritäre Einstellungsmuster produzieren. Das war bekanntlich einmal das Ziel linker Parteien. Dieses gilt es wiederzubeleben, will man einen weiteren Vormarsch rechtspopulistischer Parteien in Europa verhindern.«¹⁶

Aus unserem Aufsatz ein Plädoyer für die Aufgabe emanzipatorischer Errungenschaften herauszudeuten, halten wir für hermeneutisch falsch und schlicht unredlich.

Wie kommt es zu diesen absurd anmutenden Verdrehungen? Van Dyk und Graefe verweisen zu Recht darauf, dass es sich nicht um eine »linke« Wirtschafts- und Sozialpolitik handelt, die von den rechten Parteien verfolgt werde, denn eine linke Wirtschafts- und Sozialpolitik müsse notwendig inklusiv sein. Insofern würden wir heute Anführungszeichen verwenden, wenn wir über die Übernahme »linker« Positionen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik durch rechtspopulistische oder neonationalistische Parteien schreiben. Nichtsdestotrotz sollte aber selbst bei einer nur oberflächlichen Lektüre unseres Textes deutlich geworden sein, dass wir gerade *nicht* eine Übernahme rechtspopulistischer oder neonationalistischer Politikinhalte anempfehlen, wie uns von den Autorinnen unterstellt wird. Dagegen spricht nicht zuletzt, dass wir die sozial- und wirtschaftspolitischen Positionierungen von Teilen des Rechtspopulismus als »sozialprotektionistisch«¹⁷ beziehungsweise mit den Begriffen »Wohlfahrtschauvinismus«¹⁸ und »Sozialchauvinismus«¹⁹ kennzeichnen.²⁰ Und mit keiner Silbe behaupten wir, dass es sich dabei um eine richtige oder überzeugende Politikstrategie für linke Parteien han-

15 Wir wissen heute, dass dieser Ansatz bei Corbyn 2017 sehr erfolgreich funktioniert hat, 2019 jedoch nicht mehr. Dies hat aus unserer Sicht aber vor allem etwas mit dem falschen strategischen Umgang mit dem Brexit zu tun.

16 Jörke, Nachtwey 2017, S. 181.

17 Ebd., S. 178.

18 Ebd., S. 177.

19 Ebd., S. 180.

20 In zwei Artikeln, die Paul Steinhardt auf dem Makroskop-Blog veröffentlicht hat, werden wir übrigens angeklagt, mit »Sozialchauvinismus« einen »neoliberalen Kampfbegriff« zu benutzen (Steinhardt 2018 a; Steinhardt 2018 b). Zudem verortet er uns in der Nähe von »EU-Integrationisten« und »gemäßigten Kosmopolitisten«. Auch bei Steinhardt haben wir den Eindruck, dass Zitate aus dem Kontext gerissen wurden, um uns eine Position zuzuschreiben, die wir nicht vertreten. Wir hatten gehofft, dass das angeführte Zitat über die Rückbesinnung linker Parteien auf das Ziel einer Überwin-

deln könnte. Bezeichnenderweise erwähnen van Dyk und Graefe nicht, dass wir die wirtschaftspolitischen Ansätze rechtspopulistischer Parteien in dieser Art und Weise einordnen und bewerten. Auch das obige Zitat wird nicht erwähnt. Stattdessen haben wir den Eindruck gewonnen, dass Zitate aus dem Kontext gerissen werden, um sich einen Gegner zu konstruieren und in die rechte Schmutzedecke zu stellen.

So schreiben van Dyk und Graefe, wir würden »in der Hinwendung nach rechts ›eine durchaus rationale Strategie‹« sehen.²¹ Unterschlagen wird dabei aber, dass es sich um eine rekonstruktive Analyse des Wahlverhaltens von Angehörigen der unteren Mittelschichten handelt, die wir – wie gesagt, im Anschluss an die politikwissenschaftliche Wahlforschung – als »links-autoritär« bezeichnen. Damit erzeugen van Dyk und Graefe den Eindruck, wir verwendeten einen emphatischen Rationalitätsbegriff, der eben eine Anpassung an rechte Politik empfiehlt. Als politische Soziologinnen sollte ihnen Max Webers Perspektive des »rationalen Motivationsverstehens«, um Handlungen zu erklären, jedoch bekannt sein.

So wird insgesamt suggeriert, dass wir uns für eine Übernahme »links-autoritärer« Positionen aussprechen würden. Bei der Lektüre des gesamten Artikels sollte jedoch – so hoffen wir – deutlich werden, dass das keineswegs unsere Empfehlung ist. Vielmehr geht es uns – um diesen Punkt nochmals zu wiederholen – darum, zu verstehen, weshalb der Aufstieg des Rechtspopulismus nicht nur für traditionelle konservative Parteien, sondern eben auch für sozialdemokratische und links von diesen stehende Parteien eine sehr ernstzunehmende Gefahr darstellt, und zwar weil rechtspopulistische Versprechungen sich für viele ehemalige Wähler*innen linker Parteien attraktiv anhören. Denn Rechtspopulisten stellen einen doppelten Schutz vor der Globalisierung in Aussicht: vor dem neoliberalen Wettbewerbsstaat (Joachim Hirsch) einerseits und vor den rapiden kulturellen Veränderungsprozessen, die mit Migrationsprozessen sowie mit der gestiegenen Sensibilität für Minderheitenrechte einhergehen, andererseits. Und wir wollten zeigen, dass es nicht zielführend ist, diese Menschen lediglich als Rassisten zu beschimpfen, ohne den strukturellen Zusammenhang der Entstehung autoritärer Einstellungsmuster zu verstehen, geschweige denn eine Strategie zu skizzieren, wie diesem Entstehungszusammenhang so entgegengewirkt werden kann, dass linke Parteien auch für die Modernisierungsverlierer*innen wieder an Attraktivität gewinnen. Die Verschiebungen im Elektorat sozialdemokratischer und links von diesen stehender Parteien sind jedenfalls dramatisch. Sie haben sich immer mehr zu Parteien von städtischen Akademiker*innen entwickelt.²² Eine Trendwende ist leider nicht in Sicht.

derung des Kapitalismus sowie der Verweis auf Marx am Ende unseres Artikels unsere Position hinreichend deutlich machen würde.

21 Siehe van Dyk, Graefe 2019, S. 411.

22 Vgl. Piketty 2019, insbesondere Kapitel 14 und 15.

Literatur

- Brinkmann, Ulrich; Jörke, Dirk; Paulitz, Tanja 2018. »Raus aus der neoliberalen Umarmung«, in *Forum Wissenschaft* 4, S. 49–52.
- Dowling, Emma; van Dyk, Silke; Graefe, Stefanie 2017. »Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der »Identitätspolitik««, in *Prokla* 188, 47, S. 411–420.
- Eribon, Didier 2016. *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp.
- Jörke, Dirk; Nachtwey, Oliver 2017. »Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie«, in *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Leviathan-Sonderband* 32, hrsg. v. Jörke, Dirk; Nachtwey, Oliver, S. 163–186. Baden-Baden: Nomos.
- Lefkofridi, Zoe; Wagner, Markus; Willmann, Johanna E. 2014. »Left-Authoritarians and Policy Representation in Western Europe. Electoral Choice across Ideological Dimensions«, in *West European Politics* 37, 1, S. 65–90.
- Metz, Markus; Seeßlen, Georg 2018. *Der Rechtsruck. Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels*. Berlin: Bertz + Fischer.
- Nachtwey, Oliver 2018. »Für die vielen, nicht die wenigen«, in *Die Zeit* vom 1. Februar 2018, S. 45.
- Piketty, Thomas 2019. *Capital et idéologie*. Paris: Seuil.
- Steinhardt, Paul 2018 a. *Was ist ein Sozialchauvinist?* Teil 1. <https://makroskop.eu/2018/08/was-ist-ein-sozialchauvinist-1/> (Zugriff vom 03.01.2020).
- Steinhardt, Paul 2018 b. *Was ist ein Sozialchauvinist?* Teil 2. <https://makroskop.eu/2018/08/was-ist-ein-sozialchauvinist-2/> (Zugriff vom 03.01.2020).
- Thompson, Edward P. 1987. *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- van Dyk, Silke 2019 a. »Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9–11/2019, S. 25–32.
- van Dyk, Silke 2019 b. »Über den Wandel des Politischen. Demokratie im Zangengriff von autoritärem Populismus und autoritärem Kapitalismus«, in *Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018*, hrsg. v. Burzan, Nicole. https://publikationen.sozio-ologie.de/index.php/kongressband_2018/article/view/1155/1276 (Zugriff vom 03.02.2020).
- van Dyk, Silke; Graefe, Stefanie 2018. »Identitätspolitik oder Klassenkampf? Über eine falsche Alternative in Zeiten des Rechtspopulismus«, in *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte*, hrsg. v. Becker, Karina; Dörre, Klaus; Reif-Spirek, Peter, S. 337–354. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- van Dyk, Silke; Graefe, Stefanie 2019. »Wer ist schuld am Rechtspopulismus? Zur Vereinnahmung der Vereinnahmungsdiagnose: eine Kritik«, in *Leviathan* 47, 4, S. 405–427.

Zusammenfassung: Unser Beitrag zur Analyse des Aufstiegs des Rechtspopulismus »Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie« ist Gegenstand einer unter anderem im *Leviathan* veröffentlichten Kritik Silke van Dyks und Stefanie Graefes geworden. Dabei werden uns Positionen unterstellt, die wir eindeutig nicht vertreten. Zudem wird uns unterstellt, dass wir für eine Rücknahme der identitätspolitischen Errungenschaften plädieren. Der vorliegende Beitrag enthält eine Erwiderung und Richtigstellung. Wir empfehlen linken beziehungsweise sozialdemokratischen Parteien *nicht*, die Positionen »linksautoritärer« Menschen zu adaptieren, sondern wieder stärker die Ursachen von Autoritarismus in den Blick zu nehmen.

Stichworte: Rechtspopulismus, Autoritarismus, Wissenschaftsethik

What We Say and What We Don't Say. A Reply to Silke van Dyk and Stefanie Graefe

Summary: Our article analysing the rise of right-wing populism »Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie« was the subject of a critique by Silke van Dyk and Stefanie Graefe, which was published in *Leviathan*. In this criticism, positions are attributed to us which we clearly do not hold. In addition, we are also accused of pleading for a withdrawal of the achievements of identity politics. The present contribution contains a correction. We do not recommend left-wing or social democratic parties to adapt to the positions of »left-wing authoritarian« people, but to focus more on the causes of authoritarianism.

Keywords: right-wing populism, authoritarianism, ethics of science

Autoren

Dirk Jörke
Technische Universität Darmstadt
Institut für Politikwissenschaft
Dolivostraße 15
64293 Darmstadt
dirk.joerke@tu-darmstadt.de

Oliver Nachtwey
Universität Basel
Fachbereich Soziologie
Petersgraben 27
CH-4051 Basel